

Antrag 50/I/2021

SPD-Bezirk Hannover

Der Landesparteitag möge beschließen:

Doppelverbeitragung auf Betriebsrenten und auf Leistungen aus Direktversicherungen umgehend beenden

1 Wir fordern die SPD Bundestagsfraktion auf, sich dafür einzusetzen, die Doppelverbeitragung auf Betriebs-
2 renten und auf Leistungen aus einer Direktversicherung noch in dieser Legislaturperiode abzuschaffen.

3

4 **Begründung**

5 Seit Jahren protestieren Gewerkschaften, Sozialverbände und betriebliche und tarifliche Altersvorsorgeein-
6 richtungen gegen die seit 2004 bestehende Doppelverbeitragung. Gut 5,5 Mio. Rentnerinnen und Rentner
7 sind davon betroffen. Sie müssen gut 1/7 ihrer Betriebsrentenbezüge an die GKV* überweisen. Bei der ein-
8 maligen Ausschüttung einer Kapitalversicherung geht gut 1/5 der angesparten Kapitalsumme an die zu-
9 ständige Krankenversicherung.

10 Sinn und Zweck dieser Zusatzrenten als 2. und 3. Säule der Altersvorsorge ist es u.a., die finanziellen Einbu-
11 ßen der Rentenentwicklung nach einem langen Erwerbsleben zu mildern. Die Doppelverbeitragung kon-
12 terkariert zudem die Bemühungen der Politik, die betriebliche Altersvorsorge zu stärken und ist zugleich
13 im Niedrigrentenbereich ein Beitrag gegen Altersarmut.

14 Außerdem stellt die Doppelverbeitragung eine weitere Ungleichbehandlung gegenüber Privatversicherten
15 dar, die für Renten aus Direktversicherung und Pensionskasse einschl. der sog. Riester-Rente keine Beiträge
16 an die PKV entrichten müssen.

17

Empfehlung der Antragskommission

Annahme in der Version der Antragskommission

1

2 Wir begrüßen die Verbesserung bei der Verbeitragung der Betriebsrenten und fordern die SPD-
3 Bundestagsfraktion auf, sich dafür einzusetzen, die Doppelverbeitragung auf Betriebsrenten und auf Lei-
4 stungen aus einer Direktversicherung in der kommenden Legislaturperiode abzuschaffen.